

Aus dem Inhalt

Das Strickmuster der Angst
Wie raus aus der Kriegslogik?
von B. Müller und N. Schneider **1**

In jeden Winkel der Erde
Die Ziele hinter dem «Krieg
gegen Terror» • von Armin Köhli **3**

Die UN-Sanktionspolitik
Teil des Problems statt Teil der
Lösung • von Martin Parpan **4**

Wenn Konzerne in den Krieg ziehen
Was hat das WEF mit dem Krieg
zu tun? • von Pia Hollenstein **5**

Es gibt keinen chirurgischen Krieg
Interview mit Samir,
Filmemacher • von Stefan Luzi **7**

Kein

Mr. 2
Januar 2003
www.keinkrieg.ch

Krieg

Nein zum Krieg – für zivile Lösungen!

Die Welt steuert auf einen nächsten Krieg im Irak hin. Dies jedenfalls muss vermutet werden, betrachtet man die US-amerikanischen und britischen Truppenverschiebungen in den letzten Wochen. In der Golfregion sind heute über 60 000 Soldaten stationiert, die beim geringsten Anlass gegen Irak eingesetzt werden können. Ob dieser Krieg wirklich geführt wird, hängt auch vom Protest in den westlichen Ländern ab. Mit dieser Zeitung wollen wir darum die Stimme der Schweizer Bewegung gegen den Krieg verstärken: Wir stellen mögliche Schritte weg vom Krieg vor (*Artikel Das Strickmuster der Angst*) und werfen einen Blick auf die Verantwortung der Schweiz (*Die Schweiz kriegt mit*). Wir stellen kritische Fragen zum Krieg gegen Terror, den die USA nach den schrecklichen Attentaten vom 11. September 2001 ausgerufen haben und der auch hinter den Kriegsdrohungen gegen Irak steht (*In jeden Winkel der Erde!*). Und wir stellen die katastrophale humanitäre Situation im Irak ins Zentrum (*Die UN-Sanktionspolitik*). Unseren Protest gegen den Krieg müssen wir an die Mächtigen dieser Welt richten – die für die Durchsetzung ihrer Interessen auch eine Eskalation in Kauf nehmen. Mit unserem Protest gegen das WEF in Davos (*Wenn Konzerne in den Krieg ziehen*) fordern wir zivile Lösungen. Heute haben wir noch die Chance, dass unser Protest gegen den Krieg Wirkung zeigt (etwa an der Kundgebung gegen Krieg vom 15. Februar 03 in Bern). Nutzen wir sie! **Stefan Luzi**

Stefan Luzi ist Sekretär der GSoA

Das Strickmuster der Angst

Die Welt steht vor einem nächsten Krieg der USA gegen Irak; ein Krieg, der die katastrophale humanitäre Situation der irakischen Zivilbevölkerung weiter verschlimmern wird. Doch der «Krieg gegen den Terror» findet auch hier statt – in den Köpfen der Menschen.

Nina Schneider und Barbara Müller
für *FrauenStimmen gegen den Krieg**

US-Präsident Bush, als mächtigster Mann der mächtigsten Nation, hat nach dem 11. September 2001 seine Definition der Weltlage durchgesetzt. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Naturkatastrophen und gut gesteuerte Angstmacherei tragen das ihre dazu bei und versammeln die verunsicherte Bevölkerung hinter ihren Regierungen. Man möchte unbedingt etwas tun – und läuft die Gefahr, dass gut gemeinte Hilfe und solidarische Unterstützung zum Vehikel nationalistischer Ideologien wird. Kritische Stimmen und Proteste werden geflissentlich überhört oder diffamiert, in der kriegshetzerischen Berichterstattung sind Informations- und Desinformationskampagnen kaum zu unterscheiden. Es ist schwer, sich dem herrschenden Diskurs zu entziehen – der Stärkere hat das Definitionsmonopol – und genau deshalb dürfen wir uns nicht hinreissen lassen, unsere Kräfte an eine polarisierte Diskussion zu verschwenden.

Weder die USA noch westliche Regierungen haben sich in den 80er Jahren während des Krieges zwischen dem Iran und Irak, oder in den 90er Jahren während der Offensive gegen

* FrauenStimmen gegen den Krieg wird unterstützt von der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, FemCo, Frauen für den Frieden Zürich, FrauenLesbenKasama und Einzelfrauen. Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan organisiert die Gruppe offene Diskussionen und Veranstaltungen für Frauen.

die kurdische Bevölkerung für die katastrophale Menschenrechtslage im Irak interessiert. Daraus müssen wir schliessen, dass der jetzige Verweis auf die Menschenrechte kühl kalkuliert ist, um die Zustimmung zu einem militärischen Angriff zu erreichen. Die irakische Bevölkerung leidet heute weit mehr unter den Auswirkungen der Sanktionen als unter dem unberechenbaren irakischen Justizsystem. Laut UNICEF-Bericht sind die Folgen der stetigen Bombardierungen durch die britische und US-amerikanische Luftwaffe mitbeteiligt am Tod von 500 000 Kindern seit dem Golfkrieg 1991. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind als Folge der Sanktionen gestorben, die Müttersterblichkeit hat sich verdoppelt und 70% der Irakerinnen leiden unter Anämie. Während Saddam Husseins Taten gegen das eigene Volk weltweit bekannt gemacht werden, werden die Gräueltaten der Westen dem Irak zugefügt, generell verschwiegen. Dies ist weiter nicht erstaunlich, sind es doch die USA und England, welche nun, nachdem sie in den 80er Jahren das Regime Saddam unterstützt und aufgerüstet haben, das Embargo gegen den Irak überwachen. Somit sind sie mitverantwortlich dafür, dass dem irakischen Staat nicht mehr als 160 US-Dollar pro Person und Jahr für die Lebenshaltungskosten zur Verfügung stehen. Das ist weniger als die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens von Haiti, einem der ärmsten Länder der Welt. Es ist weniger als der Betrag, den die Entminungstruppen der UNO im Irak für Hundefutter ausgeben.

Bushs rhetorische und militärische Kriegsvorbereitungen sind so weit fortgeschritten, dass er fast nicht mehr zurück kann. Wenn er nicht handelt, wenn nicht geschossen wird, dann hat er in seiner Logik den Krieg gegen den Terror schon verloren und ebenfalls seine Glaubwürdigkeit. Deshalb will er uns diesen Krieg als «gerecht» verkaufen – und dabei die eigentlichen wirtschaftlichen Ziele des Krieges, die Sicherung der Ölvorkommen, vertuschen.

Wir wollen diesen Krieg nicht

Krieg ist keine Massnahme zur Konfliktbewältigung. Die Folgen der Kriege im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak sind nicht nur die Ermordung unbeteiligter Zivilbevölkerung und die Verwüstung ganzer Weltregionen. Kriege zerstören auch die Köpfe derjenigen, die sie führen. So bringen Soldaten und Offiziere den Krieg zurück ins Heimatland. Traumatisiert und meist unterbetreut vegetieren sie dahin und wenden die Gewalt, mit der sie indoktriniert wurden, gegen ihre Nächsten oder, wie im Falle Oklahoma, gegen die Öffentlichkeit. Timothy McVeigt, der Attentäter von Oklahoma zum Beispiel, hat sein Handwerk und seine Rhetorik in der US-amerikanischen Armee im Golfkrieg gelernt und bezeichnete die neunzehn Kinder, die durch seine Bombe umkamen, als «Kollateralschäden». Militär-unabhängige Studien belegen, dass auch häusliche Gewalt bei Armeemitgliedern zwei bis fünf Mal häufiger vorkommt als in der Zivilbevölkerung. Drei der vier Soldaten, die im letzten Sommer ihre Ehefrauen ermordeten, waren Mitglieder einer US-Sondereinheit und kamen soeben von ihrem Einsatz im Krieg gegen Afghanistan zurück. PsychiaterInnen berichten, dass 175 000 Kriegsveteranen unter dem sogenannten Golfkriegssyndrom leiden. Für die Erkrankung verantwortlich gemacht werden neben psychischem Stress eine Reihe von Substanzen und Giftstoffen wie Insektenvertilgungsmittel, Medikamente zur Neutralisierung von Nervengiften oder das allen SoldatInnen prophylaktisch verabreichte Malariamittel «Lariam». Letzteres führt laut Berichten von Soldaten zu Verwirrungszuständen und schwer kontrollierbaren Aggressionen.

Um der vermeintlichen Konfliktlösungsstrategie Krieg etwas entgegenzusetzen, müssen wir auf eine generelle Entmilitarisierung der Gesellschaft, weltweite Waffenkontrollen und Abrüstung hinarbeiten.

Krieg und Waffenhandel verursachen Umweltzerstörung und weltweite Armut. Der

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Krieg gegen Afghanistan und der Wiederaufbau verschlingen Milliarden. Die Kosten des Krieges gegen Irak werden von amerikanischer Seite auf 200 000 Milliarden US-Dollar voranschlägt. Präsident Bush's erhöhtes Militärbudget 2003 erlaubt, täglich rund 1 Milliarde Dollar in die Waffenindustrie und Kriegsführung zu investieren. Solch unvorstellbare Summen würden bequem reichen, allen Menschen weltweit ein menschenwürdiges Dasein mit genügend Nahrung und Trinkwasser, Gesundheitsversorgung und Bildung zu ermöglichen.

Das eingeleitete «Krieg-Denken» verdeckt den Blick auf Ursachen und Lösungsansätze. Niemand kann leugnen, dass Teile des irakischen Regimes repressiv sind. Nicht mehr und nicht weniger als andere, ähnliche Regierungen, die weiterhin die Unterstützung der USA geniessen. Nach 10 Jahren haben die Sanktionen im Irak nicht das gewünschte Ergebnis gebracht und dienen der irakischen Regierung als Repressionsmittel gegen die Bevölkerung. Nur durch die Aufhebung der Sanktionen hat eine innerirakische Opposition überhaupt eine Chance, sich gegen Saddam Hussein zu formieren.

Krieg bekriegt humanitäre Errungenschaften. Amnesty International zum Beispiel beobachtet einen «Menschenrechtsrabatt» im Anti-Terrorkampf, das heisst eine weltweite Relativierung von Menschenrechten zu Gunsten sicherheitspolitischer Überlegungen. Die US-amerikanische Doktrin der «vorbeugenden Selbstverteidigung» ist im über Jahre entwickelten Völkerrecht nicht vorgesehen. Dieses muss heute deutlicher denn je verteidigt werden, soll es nicht zur Farce verkommen. Nur die UNO hätte die Legitimation, um internationale Beziehungen auf die Grundlage des Rechts zu stellen. Schafft sie es aber nicht, den Schutz der Menschenrechte ins Zentrum ihrer Handlungsoptionen zu rücken, wird sich die «Macht des Stärkeren» unaufhaltsam durchsetzen.

Krieg steigert das, was er zu bekämpfen vorgibt, ins Vielfache. Zur Logik des Krieges gehört es, dass die Feinde einander nicht nur bekämpfen, sondern einander überhaupt als solche hervorbringen. Je breitere Bevölkerungsschichten durch Kriege um Weltmachtinteressen in Armut und Elend getrieben werden, umso mehr wird Gewalt als Mittel der Selbstverteidigung akzeptiert werden. Weltweit wird dies eine verbitterte Generation von Menschen heranziehen, die Terror und Mord als «Normalität» empfinden.

Schritte weg vom Krieg

Für die Entwicklung neuer Formen von Konfliktbearbeitung und Deeskalation braucht es

ein globales Brainstorming. Es braucht neue ökonomische Strategien, welche die Polarisierung zwischen Arm und Reich rückgängig machen und Rohstoffe gerecht verteilen. Es braucht die Kraft und das Engagement von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, der Umwelt- und Friedensgruppen, AktivistInnen gegen Rassismus und Diskriminierung und GlobalisierungskritikerInnen. Vermeintliche Sachzwänge dürfen den Raum für politische Utopien nicht verstellen. Es gibt genügend Ansätze in Richtung Frieden und Geschlechtergerechtigkeit, wie zum Beispiel die Forderung nach einer Perversionssteuer auf Rüstungsexporte, oder die gesetzliche Verankerung des Verursacher-Prinzips im Völkerrecht. Im Falle Afghanistans hiesse das: Skrupellose Geschäftemacher, die das Land mit rund 10 Mio. Minen und weiteren 10 Mio. Kleinwaffen überschwemmt haben, könnten zum Einsammeln dieser und zur Zahlung einer Entschädigungssumme gezwungen werden.

Ein wirklich friedenspolitischer Ansatz ist nicht die Aufstands- oder Terrorismusbekämpfung, sondern, die Zivilbevölkerung gegen unterdrückerische Regime und Kriegstreiber zu unterstützen und alle Mittel, die von der Kriegsmaschinerie beansprucht werden, für zivile Zwecke einzufordern.

Nachdem der Kongress sich für einen Krieg im Irak ausgesprochen hat, formiert sich in den USA breiter Widerstand. In San Francisco und Washington haben die grössten Demonstrationen seit dem Vietnamkrieg stattgefunden. Sie kritisieren die Umverteilung der Staatsgelder in den Militäretat und fordern, statt in die Vernichtung des Iraks in neue Jobs, Ausbildungen, Wohnbauprojekte, Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung zu investieren. Teile der Bevölkerung fühlen sich vom Kongress längst nicht mehr vertreten und mobilisieren für landesweite Protestmärsche (siehe Seite 6). Der Krieg lasse sich nur noch mit Massenprotesten verhindern, verlaubbart das breitgefächerte Organisationskomitee, womit es vielleicht gar nicht so unrecht hat. Bush hat sich bereits dermassen weit aus dem Fenster gelehnt, dass womöglich nur noch grösste US-interne Probleme ihn von seinem Kriegsvorhaben abbringen können.

Auch wir in Europa müssen unsere Regierungen mit unserm Denken und Handeln unter Druck setzen. Dem aussenpolitischen Interesse europäischer Staaten, Teil der alles bestimmenden Weltmacht zu sein und sich indirekt an der Wertschöpfung durch Krieg zu bereichern, muss die Forderung nach einem besseren Leben für alle entgegengestellt werden. Zu Gunsten einer gerechten Umverteilung müssen auch unsere Privilegien zur Disposition stehen.

Die Schweiz kriegt mit

«Der Bund trägt bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt und zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker». Das ist die offizielle Version, wie sie in der Schweizerischen Bundesverfassung nachzulesen ist. In der Realität sind Schweizer Firmen kaum unbeteiligt, wenn irgendwo auf der Welt ein Krieg geführt wird oder Konflikte sich zuspitzen. Ein paar konkrete Beispiele gefällig?

Von Nico Lutz*

Rüstungskooperation mit Israel

Obwohl der Staat Israel sich bei seiner brutalen Unterdrückungspolitik sowohl über völkerrechtliche Festlegungen hinwegsetzt wie auch elementare Inhalte der Genfer Konventionen misachtet, will der Bundesrat die militärische Zusammenarbeit mit Israel nicht sistieren. Dies würde den «Interessen der Schweiz» entgegen laufen. In der Vergangenheit arbeitete die staatseigene Rüstungsunternehmung RUAG insbesondere bei der Entwicklung von wirkungsvollerer Kanistermunition wie bei der Verbesserung von unbemannten Aufklärungsflugzeugen (Drohnen) mit Israel zusammen. Aktuell laufen vier Beschaffungsprojekte der Armee mit israelischer Beteiligung.

Schweizer bauen Saddams Bunker und liefern Konstruktionspläne an Geheimdienste

Verschiedene Schweizer Bau- und Ingenieurunternehmen verdienten beim Bau von Bunkern für Saddam Hussein in den 80er Jahren gutes Geld. Die Zürcher Luweg AG, spezialisiert auf Luftschutztechnik, baute den Bunker unter dem Hauptsitz von Saddam-Husseins Baath-Partei. Das Badener Ingenieurbüro Motor-Columbus erstellte mindestens drei unterirdische Militärspitäler und eine Anlage zur Energieversorgung, die im Golfkrieg dann prompt bombardiert wurde. Für acht Luftwaffenstützpunkte kamen Bestandteile aus der Schweiz. Einige Schweizer Firmen machten dabei gleich ein doppeltes Geschäft: Sie lieferten Standorte, Armierungspläne und Informationen über militärische Anlagen an den Schweizer Nachrichtendienstern weiter, welche sie umgehend an die befreundeten westlichen Geheimdienste weiterschoben.

Schweizer Tiger-Kampfflugzeuge nach Brasilien?

Die Schweiz will ab 2004 die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges einleiten – und dafür dann auch die Rüstungskredite wesentlich erhöhen. Die 85 alten Tiger-Kampfflugzeuge sollen verhökert werden. Brasilien, eines der Länder mit der höchsten Auslandsverschuldung, hat Kaufinteressen angemeldet. In Brasilien spitzen sich aufgrund der enormen sozialen Unterschiede die Konflikte zusehends zu. Die dringend notwendigen Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem und minimale soziale Sicherungen sind nicht gegeben. Für die Schweiz scheint das kein Grund zu sein, auf Einnahmen aus dem Verkauf von alten Kampfflugzeugen zu verzichten.

Heisse Regli und weiss von nichts

Während Jahren hat Divisionär Reglis Militärischer Nachrichtendienst der Schweiz intensiven Austausch mit dem Apartheidregime in Südafrika gepflegt. Bundesrat Schmid zeigte sich «schwer betroffen» ob der «fehlenden politischen Sensibilität» der eifrigen Schweizer Geheimdienstler. «Der Bundesrat war über die Südafrika-Kontakte jederzeit im Bild», kontert Regli, er sei sich keiner Schuld bewusst. Fakt ist: Ob der Bundesrat seinen kalten Krieger Regli einfach gewähren liess oder auch bestens informiert war, spielt eine geringe Rolle. Der Schweizer Nachrichtendienst war in einer für das grausame Apartheidregime schwierigen Zeit ein verlässlicher Verbündeter.

Die Schweiz könnte handeln

Die Schweiz hätte eine Reihe von konkreten Möglichkeiten, zu einem «friedlichen Zusammenleben der Völker» beizutragen. Sie könnte beispielsweise die Rüstungszusammenarbeit mit sämtlichen kriegsführenden Staaten, die geltendes Völkerrecht missachten, einstellen. Sowohl die Rüstungszusammenarbeit mit Israel, wie auch mit den USA und Grossbritannien (beide Länder führen seit dem ersten Golfkrieg 1991 regelmässig rechtswidrige Bombardierungen im Irak durch) aufkünden. Die Schweiz könnte auch unmissverständlich die Überflüge der USA und ihrer Alliierten zu Kriegszwecken untersagen. Die Schweiz könnte als frischgebackenes Uno-Mitglied sich innerhalb der Uno klar gegen einen Krieg gegen Irak aussprechen und die amerikanischen Versuche, die Uno zu instrumentalisieren, verurteilen. All dies wird kaum von alleine geschehen. Darum sind öffentlicher Druck und Mobilisierungen in der Schweiz umso wichtiger.

* Nico Lutz ist Sekretär der GSoA

«Krieg gegen Terror» Do it yourself! ... ❖ ... ❖ ... ❖

Die US-Armee bietet auf der Homepage www.americasarmy.com einen kostenlosen «Ego-Shooter» (ein Ein-Personen-Kriegsspiel) zum Download an. Mit dem Spiel kann der «Krieg gegen Terror», den die US-Regierung im Moment gegen Irak ausführt, am Bildschirm zu Hause mitgemacht werden – Wüstenoperationen und Terroristenjagd inklusive. Das Spiel ist ein Mittel für die Rekrutierung von jungen Männern für die US-amerikanische Armee. Ein Auszug aus der offiziellen Werbung für das Spiel:

«A thrilling first-person action game. Become a member of the world's premier land force; trained and equipped to achieve decisive victory anywhere. Earn the right to call yourself a Soldier, letting the enemies of freedom know that America's Army has arrived.

Make a difference in the world - and in yourself - as you join thousands online, neutralizing threats wherever they arise. Honor and integrity will forge your character; bravery and firepower will prove your readiness in any situation. Teamwork. Respect. Action. The adventure starts here!»

Die Bilder in dieser Ausgabe der Zeitung «Kein Krieg» sind Screenshots aus dem Computerspiel - wir haben aber unsere Meinung zu dieser Kriegstreiberei auf die Bilder draufgeknallt...



Spendenaufruf!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die zweite Nummer der Zeitung «Kein Krieg» in den Händen. Die Idee für eine Zeitung «Kein Krieg» ist im Herbst des letzten Jahres entstanden, mit dem Ziel, der Bewegung gegen den Krieg in der Schweiz eine inhaltliche Stimme zu geben. Mittlerweile beteiligen sich die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, die Grünen Schweiz, die cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, die Frauenstimmen gegen Krieg und die Wochenzeitung Woz an diesem Projekt. Neben der Zeitung finden Sie auf www.keinkrieg.ch weitere Hintergrundinformationen zum Krieg gegen Irak und zum «Krieg gegen Terror». Wir möchten - und sind davon überzeugt, dass es notwendig ist - das Projekt «Kein Krieg» weiterführen und eine weitere Nummer der Zeitung herausgeben. Dazu sind wir aber auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Wir bitten Sie deshalb, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen (PC 87-595926-6; Zeitung «Kein Krieg», Zürich. Ein Einzahlungsschein liegt dieser Zeitung bei.)

Herzlichen Dank.

Aktionen gegen den Krieg

23.1.03

Das «Andere Davos» in Zürich
Infos unter www.otherdavos.net

25.1.03

Demo gegen das WEF in Davos
Infos unter www.oltnerbuendnis.ch

08.2.03

Demo zum NATO-Treffen in München
Infos unter www.no-nato.de

15.2.03

Europäischer Aktionstag gegen den Krieg.
Kundgebung in Bern Infos unter: www.gsoa.ch

15.3.03

Nationale Kundgebung für die Rechte von Flüchtlingen
Infos unter www.sosf.ch

22.-24.5.03

Internationale FrauenFriedensKonferenz des cfd, Zürich
Infos unter <http://www.cfd-ch.org/womanoeuvres.html>

Impressum

HerausgeberInnen

Die Zeitung «Kein Krieg», Nr. 2, Januar 2003, wird herausgegeben von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, den Grünen Schweiz, der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, den Frauenstimmen gegen Krieg, der Wochenzeitung Woz, der GSoA-Zitig. Die Zeitung «Kein Krieg» wird folgenden Zeitungen beigelegt: GSoA-Zitig, Wochenzeitung Woz.

An dieser Nummer haben mitgearbeitet Georg Bauer (Woz, Gestaltung und Layout), Samuel Durrer (GSoA), Balthasar Glättli (Grüne), Pia Hollenstein (Grüne), Roger Keller (GSoA), Armin Köhli (Woz), Nico Lutz (GSoA), Stefan Luzi (GSoA, verantwortlich für den Inhalt), Barbara Müller (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit), Martin Parpan (GSoA), Tobia Schnebli (GSoA), Nina Schneider (Frauenstimmen gegen Krieg).

Ziel

Die Zeitung soll Hintergrundinformationen zum «Krieg gegen Terror» liefern und Handlungsmöglichkeiten gegen den Krieg sammeln und vorstellen.

Kontakt

Zeitung «Kein Krieg», Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01 273 01 00, Email: info@keinkrieg.ch,
Internet: www.keinkrieg.ch

PC-Konto

PC 87-595926-6 (Zeitung «Kein Krieg», 8005 Zürich). Spenden sind sehr willkommen und helfen uns, eine weitere Nummer der Zeitung zu produzieren.

Druck Ropress Zürich
Auflage 55 000 Exemplare

In jeden Winkel der Erde!

Unter dem Namen «Krieg gegen Terrorismus» haben die USA und ihre Alliierten nach dem 11. September 2001 einen Rache-Feldzug gegen die «Schurkenstaaten» dieser Welt ausgerufen. Doch wozu wird dieser Krieg in Wirklichkeit geführt?

Von Armin Köhli *

«Der Feind ist der Terrorismus – vorsätzliche, politisch motivierte und gegen Unschuldige gerichtete Gewalt», heisst es in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA.¹ «Der Terrorismus» ist für seine Feinde eine praktische Sache. Er existiert, doch niemand weiss genau, was ihn eigentlich ausmacht. Das Völkerrecht kennt ihn nicht, und es gibt keine international anerkannte Definition dafür. Krieg gegen den Terrorismus ist deshalb auch eine praktische Sache. Die Krieger bestimmen selber, was Terrorismus ist. So weise und friedliebende Zeitgenossen wie George Bush, Ariel Sharon und Wladimir Putin entscheiden, wer Terrorist ist. Sie haben die Macht dazu.

Der Krieg gegen den Terrorismus pervertiert das Recht auf Selbstverteidigung zum Recht auf «Präventivschläge», also zum Recht auf Angriffskrieg. Am Anfang stand Afghanistan. Das afghanische Regime der Taliban hatte den USA gewiss nicht den Krieg erklärt. Die Taliban weigerten sich bloss, Usama Bin Laden bedingungslos auszuliefern (aber sie offerierten beispielsweise immerhin die Auslieferung in ein islamisches Drittland). Niemand weint dem Taliban-Regime eine Träne nach, doch was ihnen Ende 2001 geschah, war grauenhaft. Die Armee der Supermacht USA griff die bewaffneten Bergler mit aller Gewalt an. Die Taliban sollten getötet werden, genauso wie die ausländischen Kämpfer an ihrer Seite. Die kalten Zahlen des Pentagon laut einem ARD-Bericht im Frühling 2002: In insgesamt 6500 Angriffseinsätzen wurden 17 400 Bomben abgeworfen, darunter auch 750 sogenannte Clusterbomben (Streubomben). Jede Streubombe enthält 200 kleine, gelbe Splitterbomben. Streubomben sind als besonders grausam geächtet. Viele explodieren nicht beim Abwurf – und gefährden, Minen gleich, auf Jahre die Bevölkerung. Doch US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verteidigte den Einsatz von Streubomben: Sie würden an der Front eingesetzt, um Taliban- und al-Kaida-Kämpfer zu töten.²

Der doppelte Ground Zero

«Ground Zero» heisst das Sinnbild des Terrorismus, und es bezeichnet die schreckliche Leere an Stelle der Twin Towers. Doch Ground Zero existiert nicht erst seit dem 11. September 2001. Ground Zero, der Ground Zero, entstand am 6. August 1945 in Hiroshima, als die erste Atombombe explodierte. US-Präsident Harry Truman erinnerte bei der Bombardierung Hiroshimas an den japanischen Überfall auf Pearl Harbour und implizierte damit, dass die Japaner nun endlich ihre gerechte Strafe bekommen hätten.³ Die Atombomben über Hiroshima und drei Tage später über Nagasaki, die rund 300 000 Menschen töteten, erschienen so als Rache an Japan für Pearl Harbour – und waren damit gewissermassen legitimiert. Auch in der Folge des 11. Septembers 2001 wurde oft an Pearl Harbour erinnert – und Rache damit vorbeugend legitimiert. Rache, nicht Prävention oder Abwendung von Gefahr. Das Bedürfnis nach Rache in den USA – wo staatlicher Mord als «Todesstrafe» in den Gesetzbüchern immer noch festgeschrieben ist – verwandelte sich in eine Menschenjagd: lieber tot als lebendig. Und den Lebendigen, die im Krieg gefangen wurden, wird noch nicht einmal der Status Kriegsgefangener zugestanden.

Für den Krieg gegen den Terrorismus setzte George Bush einen Erlass von 1974 ausser Kraft, der der CIA verbot, ausländische Führungspersonlichkeiten zu ermorden, und lässt dem Geheimdienst damit freie Hand, auf blossen Verdacht hin zu töten. In Afghanistan galt die Order, al-Kaida-Mitglieder umzubringen, auch wenn sie sich ergeben hatten. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld erklärte am 16. November 2001: «Spezialeinheiten töten Taliban, die nicht aufgeben wollen und Al-Kaida-Terroristen, die von einem Ort zum nächsten ziehen.» Und er äusserte unverblümt den Wunsch, gefangene Taliban-Kämpfer zu töten.⁴

Ground Zero, Hiroshima, und Ground Zero, New York: Bemerkenswert äusserte sich Hiroshimas Bürgermeister Tadatoshi Akiba am 6. August 2002, am Jahrestag der Atombombe, zur neuen US-Aussenpolitik. «Die Regierung der Vereinigten Staaten hat kein Recht, uns in eine 'Pax Americana' zu zwingen oder unilateral über das Geschick der Welt zu bestimmen.» Akiba, der lange in den USA lebte und sich zum westlichen Demokratieverständnis bekennt, sprach für die Überlebenden Hiroshimas.⁵ «Hiroshimas wichtigste Sorge sind Nuklearwaffen. Doch Waffen werden nicht in einem Vakuum benutzt», so Akiba, «sondern in einem Krieg. Man kann nicht über Nuklearwaffen reden, ohne auch über Krieg zu reden.»

Irak und Terrorismus

Auch für den geplanten Angriffskrieg gegen den Irak wird Krieg gegen Terrorismus als Rechtfertigung beigezogen. Hier zeigt sich, wie beliebig der Begriff Terrorismus ist. Krampfhaft werden nicht existierende Verbindungen zwischen al-Kaida und dem irakischen Regime konstruiert (unter US-AmerikanerInnen heisst das dann vereinfacht «Osama and Saddam want to bomb us»). Dass kürzlich Sabri Chalil al-Banna, genannt Abu Nidal, Inbegriff des Terrorismus in den siebziger und achtziger Jahren, und gleichzeitig Handlanger aller Geheimdienste, in Bagdad verstarb, nahmen die Anti-Terror-Krieger öffentlich kaum zur Kenntnis. Dabei war in diesem Fall die Verbindung des Irak zum «internationalen Terrorismus» offensichtlich. Doch der Westen hat wohl selber allzu viele Leichen Abu Nidals im Keller. Selbst Bin Laden gehörte ja einst zu den von den USA unterstützten Kämpfern gegen die Sowjetunion.

Die USA führen ihren Krieg gegen den Terrorismus vorgeblich zum Wohle der ganzen Menschheit. Dabei entlarvt sie schon ihre Sprache. Die Wortwahl der US-Regierung gleicht aufs Haar der Rhetorik des Kolonialismus, der den Kolonisierten Entwicklung und Fortschritt verhies. Eine globale Drohung liegt in den Worten George Bushs, mit denen er die neue Sicherheitsstrategie präsentierte: «Schliesslich werden die Vereinigten Staaten die Gunst der Stunde nutzen, um die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, die Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel in jeden Winkel der Erde zu tragen.»

* Armin Köhli ist Auslandsredaktor der WoZ

1) Die deutsche Übersetzung der «Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten»: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/doktrin-bush.html>

2) taz, 3. November 2001

3) Die Begriffsgeschichte von «Ground Zero»: <http://www.freitag.de/2002/19/02191101.php>

4) Le monde diplomatique, Januar 2002

5) Washington Post, 27. Oktober 2002. Die Rede im Wortlaut: <http://www.pgs.ca/pgs.php/Abolition/94/>



Gesamtchweizerische Demonstration am 15. Februar 2003 in Bern im Rahmen des internationalen Aktionstages gegen den Krieg

Nein zum Krieg gegen Irak – Kein Blut für Öl!
Bern, Samstag 15. Februar 03
Besammlng: 13.30 Uhr,
Schützenmatte, Bern

Wir, ein breites Bündnis von Friedens-, Menschenrechtsorganisationen, politischen Parteien und Gruppierungen, irakischen Oppositions- und Exilorganisationen, stellen uns klar gegen den Krieg, welcher dem Irak von der Regierung der Vereinigten Staaten angedroht wird. Mit unserer gesamtchweizerischen Demonstration am 15. Februar in Bern beteiligen wir uns am internationalen Aktionstag gegen den Krieg. Am gleichen Tag demonstrieren hunderttausende von Menschen in den Hauptstädten Europas gegen den Krieg.

Wir wenden uns gegen diesen Krieg, auch wenn er mit einem Mandat der UNO geführt werden sollte. Die Resolution 1441 des UNO-Sicherheitsrates zu den Waffeninspektionen bietet den USA zahlreiche Vorwände, Irak anzugreifen. Der Krieg trifft ein Volk, das von jahrelangen Sanktionen ausgehungert und verzweifelt ist. Ein Krieg gegen Irak bringt hunderttausenden von Menschen weiteres Leid und führt die ganze Region in Chaos und Zerstörung. Fast täglich bombardieren US- und britische Flugzeuge Menschen und Einrichtungen im Irak. Bereits hat die Türkei die Besetzung kurdischer Gebiete im Irak vorbereitet. Im Vorfeld des Krieges gegen den Irak hat die israelische Regierung ihre menschenverachtende Abriegelungs- und Vertreibungspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung noch verstärkt. Wir protestieren gegen diesen schleichenden Krieg.

Wir wehren uns gegen diesen Krieg, denn er dient der Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen der USA. Zugleich ist er ein Vorwand, weltweit soziale und politische Konflikte mit repressiven Mitteln zu bekämpfen. Ein Krieg führt nur zu mehr Ungerechtigkeiten und Leid für die Bevölkerung, zu Hass und Rassismus.

Was wir fordern:

– Nein zum Krieg gegen Irak und seine Bevölkerung: Er dient nur den strategischen Zielen und Erdölinteressen der USA, wer auch immer für diesen Krieg verantwortlich zeichnet – die UNO oder die USA – und wie auch immer seine offiziellen Ziele genannt werden.

– Das Embargo gegen die irakische Zivilbevölkerung muss sofort aufgehoben werden. Die heute schon stattfindenden Bombenangriffe müssen gestoppt werden.

– Allein der irakischen Bevölkerung steht das Recht zu, über ihre Zukunft zu entscheiden. Weder der Diktator Saddam Hussein noch ein durch die USA eingesetztes Marionettenregime werden die grundlegenden Rechte der im Irak lebenden Kinder, Frauen und Männer einführen. Wir unterstützen die gesellschaftlichen Kräfte, die im Irak für soziale, demokratische und kulturelle Rechte kämpfen.

– Wir fordern das Recht auf Selbstbestimmung für alle Bevölkerungen in der Region. Dies gilt genauso für die KurdInnen und die PalästinenserInnen.

– Wir fordern das Ende der Besetzung der palästinensischen Gebiete.

– Wir fordern die sofortige Aufhebung aller Einschränkungen der demokratischen Grundrechte, die im Namen des «Krieges gegen den Terrorismus» auferlegt werden. Der Angriff auf den Irak stellt nur eine weitere Etappe eines als permanent angekündigten Krieges dar. Wir unterstützen die Protestbewegungen gegen diesen Krieg auf der ganzen Welt, insbesondere in den USA und in Grossbritannien.

– Wir fordern die Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen weltweit, insbesondere diejenigen der USA.

– Wir fordern den Bundesrat auf, innerhalb der UNO unmissverständlich einen Krieg gegen den Irak abzulehnen, den USA und ihren Alliierten jegliche Unterstützung bei den Kriegsvorbereitungen zu verweigern, Überflugsrechte zu verwehren und die Rüstungszusammenarbeit mit den USA und Israel einzustellen.

Die UN-Sanktionspolitik: Teil des Problems statt Teil der Lösung

Die UN-Sanktionen sind mitverantwortlich für die katastrophale humanitäre Lage im Irak, stärken die Position von Saddam Hussein und erschweren einen gesellschaftlichen Wandel.

Von Martin Parpan*

Nach der irakischen Invasion Kuwaits 1990 begann im Januar 1991 die Bombardierung Iraks. Zweiundvierzig Tage lang flogen US-Flugzeuge durchschnittlich alle 30 Sekunden Angriffe auf den Irak. Fabriken, Ölraffinerien, Öltanker, der internationale Flughafen, Bahnhöfe, Busstationen, etc. wurden attackiert. Im Bericht einer UNO-Kommission, die den Irak unmittelbar nach Kriegsende besuchte, heisst es, der Irak sei «auf absehbare Zeit in ein präindustrielles Zeitalter zurückgeworfen worden, allerdings bei gleichzeitig intensiver Energie – und Technologieabhängigkeit». Nach den umfangreichen Zerstörungen und Tausenden von Toten stimmte der Irak den Waffenstillstandsbedingungen zu. Die Wirtschaftssanktionen wurden nach dem irakischen Rückzug nicht aufgehoben, sondern von einer erfolgreichen Abrüstung des Iraks im Bereich der Massenvernichtungswaffen sowie bei Raketen mittlerer und grösserer Reichweite abhängig gemacht. Die Zivilbevölkerung im Irak stand nach dem 2. Golfkrieg somit vor folgender Ausgangslage: Schwer beschädigte Infrastruktur, Wirtschaftssanktionen, welche den Wiederaufbau des Landes mehr oder weniger verunmöglichten und ein Diktator, für den Menschenrechte bedeutungslos sind.

Die Wirtschaftssanktionen – das leise Sterben beginnt

Bereits 1992, also zwei Jahre nach Verhängung der Wirtschaftssanktionen, waren deren Auswirkungen bereits klar ersichtlich: Wachsende Verarmung, Unterernährung, Krankheit durch mangelhafte Wasserqualität, unzureichende medizinische Versorgung und eine enorm hohe Sterblichkeitsrate, vor allem bei Kindern. Diese Entwicklung war in einem Land, das 75 Prozent seiner Konsumgüter importierte und dessen eigene Produktionskapazitäten weitgehend zerstört waren, von allem Anfang an absehbar.

Das Programm «Öl für Nahrung» wurde missbraucht

Um wachsender Kritik an den Handelssanktionen entgegenzutreten, ohne das Embargo selbst aufheben zu müssen, beschloss der Sicherheitsrat 1995 die Grundlage für das Abkommen «Öl für Nahrung». Das 1996 in Kraft getretene Abkommen erlaubte dem Irak, Öl unter Aufsicht der UNO zu exportieren. Die Exporterlöse werden von der UNO verwaltet und verteilt. 59 Prozent stehen der irakischen Regierung für Importe zur Verfügung. Der Rest ist für Reparationsforderungen, für die kurdischen Nordprovinzen und für die UNO reserviert. Die Importaufträge müssen dem Sanktionskomitee der UN vorgelegt werden. Während Lebensmittellieferungen problemlos akzeptiert wurden, was auch tatsächlich zu einer Verbesserung der humanitären Situation im Irak führte, war die Situation bei sämtlichen Produkten, die in irgendeiner Weise sowohl zivil wie auch militärisch genutzt werden können, anders. Besonders die USA und Grossbritannien hatten mit einer teilweise sehr restriktiven Genehmigungspraxis dafür gesorgt, dass Importe für den Elektrizitätssektor, die Wasser- und Abwasserwirtschaft, Telekommunikations- und Transportgüter sowie Produkte für das Erziehungswesen, etc. sehr oft abgelehnt wurden. Die vorgeschobenen Bedenken, die Güter könnten für militärische Zwecke umgebaut werden, dienten faktisch als Vorwand, den Aufbau der zivilen Infrastruktur zu ver- und behindern.

Die humanitäre Katastrophe geht weiter

Das «Öl für Nahrungsmittel Programm» reicht bei weitem nicht aus, der humanitären Katastrophe Abhilfe zu verschaffen. Vertreter des UN Entwicklungsprogramms UNDP mussten feststellen, dass alle-



meine Unterernährung zwar nicht mehr zu nehmen, sich aber auf einem inakzeptabel hohen Niveau stabilisiert habe. Seit Ende des Krieges mussten gemäss UNICEF infolge der Sanktionen mehr als eine halbe Million Kinder unter 5 Jahren das Leben lassen. Heute sterben noch immer mehr als 60'000 Kinder jährlich. Gesamthaft wird von 1,5 Millionen Toten als Folge des Embargos ausgegangen.

Saddams Regime wird gestärkt – Dank den Sanktionen

Schliesslich haben die Sanktionen neben der humanitären Katastrophe auch dazu beigetragen, dass im Irak die Position Saddam Husseins nicht etwa geschwächt, sondern ganz im

Gegenteil gestärkt wurde. Finanzflüsse aus schwarzen Ölexporten ausserhalb jeder UN-Aufsicht ermöglichen dem Diktator, den sich als loyal erweisenden Kräften ein von den Sanktionen weitgehend unbeeinflusstes Leben zu ermöglichen. Mit dem Verweis auf die verheerende Wirkung der Sanktionen konnte Saddam Hussein sämtliche berechtigte Kritik an seiner eigenen Politik abwehren und die Opposition im Land marginalisieren. Die Kontrolle über sein Volk wird somit noch grösser und dient dem Erhalt seiner Machtbasis. Für einen politischen und gesellschaftlichen Wandel, welcher der Zivilbevölkerung im Irak zu wünschen ist, ist die Sanktionspolitik hinderlich.

* Martin Parpan ist GSoA-Aktivist.

Kein «unglücklicher Vorgang»

Dass die USA innenpolitische Interessen sehr oft höher gewichten als multilaterale Abkommen (Kyoto Klimaprotokoll, Internationaler Strafgerichtshof, etc.) ist nichts Neues. Wie die Bush-Regierung nun aber mit der UNO in der Irak-Frage umgeht, lässt noch Schlimmeres für die Zukunft befürchten: Die USA hatten sich – und dies ist beispiellos in der Geschichte der UNO – über den einstimmigen Beschluss des Sicherheitsrates hinweggesetzt, indem sie sich den Bericht der irakischen Regierung zum Waffenprogramm aneigneten, um diesen umgehend einer ersten Prüfung durch US-Geheimdienste und Rüstungsspezialisten zu unterziehen. Dass Kofi Annan nach diesem eigenwilligen Vorgehen nur von einem «unglücklichen Vorgang» sprach, trägt kaum zu einer Stärkung der UNO bei. Ein weiteres Beispiel für die zunehmend aggressivere US-Politik gegenüber der UNO sind die Druckversuche auf die UNO-Inspektoren mit angeblichen Geheimdienst-Informationen über versteckte Waffenprogramme. Die Bush-Regierung ist in der Irak-Frage nur daran interessiert, von der UNO diejenigen Resultate zu erhalten, die ihr nützen, oder andernfalls die UNO zu diskreditieren. Sofern die Bush-Regierung den Krieg wirklich will, wird sie Vorwände für einen Krieg finden und diesen gar mit der terminologisch unscharfen Resolution 1441 versuchen zu legitimieren, welche dem Irak «ernsthafte Konsequenzen» androht. Schliesslich haben es die UNO-Mitglieder aber selber in der Hand, der Instrumentalisierung der UNO durch Bush einen Riegel zu schieben. Zu diesem Schluss kommt auch der UNO-Experte Andreas Zumach, dem wir zwei Fragen gestellt haben (siehe Kasten). Dieser Umstand ist einerseits die Chance der UNO, andererseits, im negativen Fall, aber auch genau das Problem. *Martin Parpan*

2 Fragen an Andreas Zumach, Uno-Experte

Das Verhalten der UNO gegenüber den kriegstreibenden Regierungen der USA und Grossbritanniens vor dem Hintergrund der Kriegsdrohungen gegen Irak hat vielfach Kopfschütteln ausgelöst. Tobia Schnebli* fragte den Uno-Experten und Korrespondenten der Berliner Tageszeitung «taz» und WoZ, Andreas Zumach, nach seiner Einschätzung der Möglichkeiten der UNO.

Weltweite Abrüstung und Kriegsverhütung sollten eigentlich zu den Hauptaufgaben der UNO zählen. Hat die UNO irgendwelchen Spielraum, um diese Aufgaben wahrzunehmen?

Andreas Zumach: Die UNO kann bei der weltweiten Abrüstung und Kriegsverhütung nur soviel erreichen, wie ihre Mitgliedsstaaten zulassen. Wichtig ist allerdings, dass auf den Gebieten, wo eine grosse Mehrheit der UNO-Staaten oder – wie beim Überprüfungsprotokoll für das Verbot biologischer Waffen, sogar sämtliche Staaten ausser den USA – zu bestimmten Vereinbarungen und Massnahmen bereit sind, diese auch getroffen und umgesetzt werden. Solange abzuwarten, bis auch die USA zustimmen, ist grundsätzlich die falsche Strategie. Das haben die zwölf Jahre seit Ende des Kalten Krieges deutlich gezeigt. Von den vier grössten multilateralen Fortschritten dieser Epoche sind drei – der Internationale Strafgerichtshof, das Verbot von Antipersonenminen und das Kyoto-Klimaprotokoll – ohne Zustimmung der USA, ja sogar trotz massivem Gegendruck aus Washing-

ton durchgesetzt worden, der vierte (das weltweite Chemiewaffenverbot von 1993) nur unter sehr zögerlicher Zustimmung der USA in letzter Minute. Ich hoffe, dass das neue UNO-Mitglied Schweiz sich nicht in falscher Zurückhaltung übt, sondern das Lager der Staaten (gerade auch in Europa) stärkt, die bereit sind, auch ohne die USA voranzugehen.

Wo siehst du Ansatzmöglichkeiten «von unten», um die UNO grundlegend zu reformieren, oder die internationale Rechtsstaatlichkeit zu fördern?

Ich glaube – anders als vielleicht noch vor einigen Jahren – nicht mehr, dass abstrakte Debatten um die Reform und Demokratisierung der UNO gerade auch durch eine stärkere institutionalisierte Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen viel bringen. Man sollte die entsprechenden Forderungen natürlich nicht aufgeben, aber auch nicht zuviel Zeit und Energie darauf verwenden. Konkrete Fortschritte werden nur erzielt durch Engagement in konkreten Fragen. Das zeigen drei der in meiner vorherigen Antwort genannten Fortschritte der letzten zwölf Jahre: das Minenverbot, Strafgerichtshof und das Kyoto-Protokoll gibt es heute nur, weil sich NGOs innerhalb wie ausserhalb der UNO engagiert und massiven Druck auf die Regierungen der UNO-Mitglieder ausgeübt haben, die dann schliesslich die zwischenstaatlichen Vereinbarungen getroffen haben.

* Tobia Schnebli ist GSoA-Aktivist.

Das WEF: Wenn Konzerne in den Krieg ziehen

Vordergründig sind es zwar Staaten, die einander den Krieg erklären. Häufig stehen hinter bewaffneten Konflikten aber milliardenschwere Konzerne mit ureigenen Interessen. An der Schweizer Bevölkerung und an der Schweizer Regierung liegt es, der Macht der Konzerne die Macht der Politik entgegensetzen.

Von Pia Hollenstein*

2003 wurde von der UNO zum Jahr des Wassers erklärt. Das ist kein Zufall: 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2,4 Milliarden kennen keine sanitären Anlagen. Nach Berechnungen der UNO werden im Jahr 2025 zwei Drittel der Weltbevölkerung unter Wasserknappheit leiden.

ABB und Nestlé mischen mit

Wasser, soviel steht heute schon fest, wird zu einem immer wichtigeren Rohstoff – um den bereits heute in Nahost und in nächster Zukunft noch vermehrt Konflikte und Kriege ausgetragen werden. Was knapp ist, ist aber auch kostbar – und hier schlägt die Stunde der multinationalen Konzerne. Ob als Anbieter von sauberem, in Flaschen abgefülltem Trinkwasser wie Nestlé, als Betreiber und Besitzer von kommunalen Trinkwasserversorgungen wie Vivendi oder als Lieferant von Turbinen für riesige Stauwerke wie die ABB: Konzerne, auch Schweizer Konzerne mischen im Geschäft ums Wasser kräftig mit.

Öl- und Waffenindustrie mit dabei

Wo es um Interessen von Firmen geht, bemühen sich diese emsig, ihre Regierungen für ihre Zwecke einzuspannen. So ist erwiesen, dass im ersten Irak-Krieg die US-Waffenindustrie zum einen ihre Altlasten in Form von Bomben auf den Irak niedergehen liess, zum andern neue Waffentypen erstmals im Feld erproben konnte. Ein anderes Beispiel ist die US-amerikanische Ölindustrie, mit der Präsident Bush auch gemeinsame Geschäftsinteressen verbinden. Ein gefügiges Regime im Irak wäre ein verlässlicher ÖL-Lieferant und würde den

Öl-Transit aus Zentralasien in den Westen nicht behindern. Darüber hinaus rechnen die USA, dass mehr Öl aus Irak und Zentralasien auch die dominante Stellung der in der OPEC zusammengeschlossenen Erdölproduzenten schwächen und damit den Ölpreis senken würde.

Kungeln hinter verschlossenen Türen

Was haben all diese Verwicklungen mit dem WEF zu tun? Vordergründig werden politische Konflikte zwar von der Politik diskutiert, also in der UNO, wo die Entscheidungsgänge transparent und demokratisch verlaufen. Die LobbyistInnen der massgeblichen Industrie hingegen versammeln sich nicht am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, sondern



in Davos. Hier werden Fäden gesponnen sowohl zwischen Konzernen und Regierungen wie auch zwischen Konzernen untereinander. So wird zwar gegen aussen stets das Lied von Wettbewerb und Markt gesungen. Hinter verschlossenen Türen dürfte es aber sehr wohl um Absprachen, die wirtschaftliche Aufteilung der Märkte und um das gemeinsame Anstreben gegen strengere Umwelt- und Sozialnormen gehen.

Waffenexporte trotz Verbot

Auch der Schweizer Bundesrat könnte zeigen, dass ihm Ernst ist mit der Priorität, den die Politik vor der Wirtschaft haben muss, und zwar, indem er das Waffenausfuhrgesetz konsequent vollzieht. Dieses erlaubt den Export von Waffen nur an Länder, die nicht im Krieg stehen. Seit Jahr und Tag exportiert die Schweiz allerdings Waffen auch in die USA, in ein Land also, das permanent in fremde Länder interveniert oder – wie derzeit gemeinsam mit Grossbritannien – fast täglich in den so genannten Flugverbotszonen den Irak bombardiert. Die Grünen Schweiz werden in der Frühlings-session eine dringliche Motion einreichen, in der sie den Bundesrat auffordern, das Waffenausfuhrgesetz auch gegenüber den beiden

kriegsführenden Ländern USA und Grossbritannien anzuwenden. Allein an die USA verkauften Schweizer Unternehmen im Jahr 2001 Kriegsmaterial im Wert von 21 Millionen Franken, an Grossbritannien Ware im Wert von 14,7 Millionen Franken. Diese Exporte nehmen zu: In den ersten neun Monaten 2002 waren es fast 24 Millionen Franken, welche die Schweiz mit Waffenverkäufen an die USA einnahm.

Die Demonstration am WEF soll zeigen, dass wir weder Krieg von Staaten noch Krieg von Konzernen akzeptieren. Wir stellen uns gegen die Logik, die mächtige Öl-, Wasser- und Waffenindustrien zu den Verbündeten von Regierungen wie jene der USA und Grossbritanniens machen.

Widerstand wird zur Pflicht

Globale Probleme müssen in demokratisch legitimierten Gremien angegangen werden. Der Ort, um internationale Konflikte und Probleme zu diskutieren und Handlungsmaximen zu verabschieden, ist die UNO – seit letztem Jahr ist auch die Schweiz Mitglied. Das WEF gibt vor, zur Lösung der globalen Probleme beizutragen. Es werden aber hinter verschlossenen Türen Strategien ausgeheckt, welche den Reichtum des Nordens sichern sollen. Das WEF hat in den letzten Jahren in keiner Weise zur Verkleinerung der Armutsschere beigetragen. Gerade die transnationalen Konzerne sind für globale Missstände mitverantwortlich und profitieren teilweise enorm. Verbindliche Zusagen für eine Veränderung ihrer mitunter menschenrechts- und umweltverachtenden Geschäftspraxis sind auch dieses Jahr nicht zu erwarten. Allenfalls fallen schöne Worte, die Taten werden ausbleiben. Die soziale und ökologische Ausbeutung wird weitergehen. Deshalb wird Widerstand zur Pflicht. Zugunsten mehr globaler Gerechtigkeit.

Der Krieg im Irak, das Öl in der Schweiz

Erdöl ist ein zentraler Wirtschaftsmotor. Von den 100 größten transnationalen Unternehmen der Welt gehören rund die Hälfte zur Energie- und Rohstoffwirtschaft. Die Ressourcenwirtschaft ist der bedeutendste Globalisierungsmotor der Weltwirtschaft. Verwundbar ist hier auch die USA, die alleine ein Viertel des Erdöls verbraucht. So verwundert es nicht, dass die NATO nach dem Kalten Krieg sich neue Prioritäten gibt. Die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen gehört seit 1999 zu den Voraussetzungen für den Bündnisfall. Und es erstaunt nicht, dass die USA im Irak hemmungslos ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen versuchen. Weniger politische Aufmerksamkeit geniesst die Ölwirtschaft allerdings dann, wenn ein Tankerunglück tausenden von GalicierInnen ihre Lebensgrundlage im Fischfang raubt und hunderte von Kilometer Strand verschmutzt werden werden. Statt mit einem einzigen Wort auf diese Katastrophe einzugehen, beschwornte der konservative spanische Premier Aznar bei einem Auftritt drei Tage nach dem Unfall den Kampf gegen den ETA-Terrorismus. So lenkt die militärische Rhetorik von den wirklichen ökologischen und sozialen Problemen ab, die durch den globalen Sicherheits-Dumping Wettbewerb der Tankereigner und Handelsgesellschaften geschaffen werden. Alte Schrotttanker mit günstigen Besatzungen werden in Ländern registriert, wo die Kontrollen lasch sind. Und weil sie die Tanker nur leasen, kommen Handelsgesellschaften wie «Crown Resources» meist ungeschoren davon: das Seerecht nimmt Schiffseigner, aber nicht die Ölgesellschaften in die Pflicht, auch wenn sie es sind, die den grossen Reibach machen. Und damit schliesst sich auch der Kreis in die Schweiz. Dass diese Gewinne so fett wie möglich bleiben, ist das Verdienst des Kantons Zug. Als «gemischte privilegierte Gesellschaft» zahlte Crown mit einem Umsatz von fünf bis sieben Milliarden Franken in den letzten drei Jahren gesamthaft dem Kanton und der Stadtgemeinde Zug höchstens 300 000 Franken Steuern.

Balthasar Glättli

Balthasar Glättli ist Gemeinderat der Grünen Zürich. Für detaillierte Infos zum Unglück der «Prestige» und Crown Resources vgl. den Artikel «Die Krone der Globalisierung» von Jo Lang in der WoZ Nr. 1/2 vom 9.1.2003

Neue Feinde braucht das Land – Schweizer Armee am WEF

Guter Rat ist teuer, wenn einer Armee zuverlässig jeder potenzielle Feind davonläuft. Spätestens seit 1989 stellen die Russen kein überzeugendes Feindbild mehr dar. Auch Naturkatastrophen helfen der Armee weder die Kampfwertsteigerung der F/A-18 Kampfflugzeuge noch eine der grössten Armeen Europas zu begründen. Die neue Doktrin lautet daher «Sicherheit durch Kooperation», gemeint ist nicht die Kooperation mit dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, um den Millionen von Menschen auf der Flucht ein Überleben zu sichern. Gemeint ist Kooperation mit den reichen und mächtigen Staaten im Norden. Das Ziel: Konflikte zu «managen», die durch die ungerechte Globalisierung weltweit eskalieren. (Wir erinnern uns etwa an den Abstimmungskampf um die Militärgesetzrevision in der Schweiz, als ein wichtiges Argument der Befürworter von Auslandseinsätzen war, dass sich damit die Zahl der Flüchtlinge in der Schweiz verringern liesse...) Ein unmittelbarer Schweizer Beitrag zum «Konfliktmanagement» und Antiterrorkrieg der reichen westlichen Länder ist – neben der Rüstungszusammenarbeit und der «Kooperation» mit der NATO- der militärische «Schutz» der «Global Leaders» am WEF in Davos. Dazu werden

1500 Milizsoldaten nach Davos aufboten und die Schweizer Luftwaffe erhält erstmals seit dem 2. Weltkrieg die Befugnis, Flugzeuge über dem Bündner Luftraum abzuschiessen. Davos wird einer militärisch besetzten Zone gleichen. Der Eindruck, den die Schweizer Regierung (sicher nicht ungewollt) mit dem Armeeeinsatz vermittelt, ist, dass gegen die gewaltbereiten GlobalisierungskritikerInnen nicht einmal polizeiliche, sondern nur noch militärische Mittel ausreichen. Den Vogel abgeschossen hat die Glarner Regierung, die vom Bundesrat Panzer angefordert hat, weil die Extrazüge nach Davos auch durch den Kanton Glarus fahren... Der Einsatz militärischer Kräfte bei Treffen der Mächtigsten ist kein Schweizer Sonderfall: Carlo Guliani wurde beim G-8 Gipfel in Genua von einem Militärpolizisten erschossen. Es bleibt zu hoffen, dass es in der Schweiz nicht eine Wiederholung der Genfer Ereignisse von 1932 braucht – damals hatte eine überforderte Armee auf DemonstrantInnen geschossen, der Einsatz forderte zahlreiche Tote – bis die Armeespitze einsehen, dass dafür ausgebildete, zivile Kräfte zivile Aufgaben besser erledigen als eine Armee auf Arbeitssuche.

Samuel Durrer

Samuel Durrer ist Sekretär der GSoA.

Protest gegen WEF

Während die Kriegsvorbereitungen gegen Irak auf Hochtouren laufen und laufend weitere Truppenkontingente in die Golfregion verschickt werden, treffen sich in Davos die Mächtigen dieser Welt zum World Economic Forum (WEF).

Protest gegen diese Veranstaltung ist notwendig. Wir rufen darum, zusammen mit vielen anderen Organisationen weltweit, zu einer friedlichen Kundgebung in Davos auf am

Samstag, 25. Januar 2003
Besammlng ab 11 Uhr beim Bahnhof Davos Platz
Kundgebung ab 13.30 Uhr
Schlusskundgebung ab 15.30 auf dem Parsenn-Parkplatz Davos Dorf

Mit einer friedlichen, aber eindrucksvollen Kundgebung wollen wir der Forderung nach globaler Gerechtigkeit statt wirtschaftlichem und militärischem Krieg eine laute Stimme geben.

«Nicht in unserem Namen»

Eine entscheidende Bedeutung kommt, vor dem Hintergrund eines drohenden Krieges gegen Irak, der US-amerikanischen Friedensbewegung zu. Obwohl von den Medien willentlich tot geschwiegen, ist es ihr gelungen, eine laute Stimme gegen den «Krieg gegen Terror» zu erheben.

Viel Aufsehen hat, neben den grossen Mobilisierungen für Kundgebungen in US-amerikanischen Städten, der Aufruf «Not in our name» erregt, der von besorgten BürgerInnen, KünstlerInnen und AutorInnen nach der Bombardierung Afghanistans initiiert wurde. Mittlerweile haben über 35 000 Bürgerinnen und Bürger der USA diesen Aufruf mit ihrem Namen unterzeichnet.

«Lassen wir es nicht so weit kommen, dass man sagt, die Menschen in den Vereinigten Staaten wären untätig geblieben, als ihre Regierung einen uneingeschränkten Krieg verkündete und strikte Massnahmen der Repression einführte.

Die Unterzeichner dieser Erklärung fordern das Volk der Vereinigten Staaten auf, sich der Politik beziehungsweise der generellen politischen Richtung seit dem 11. September 2001 zu widersetzen, da dies alles eine ernste Gefahr für die Menschen in der Welt bedeutet.

Wir glauben, dass Völker und Staaten das Recht haben, ihr Schicksal eigenverantwortlich zu bestimmen – und zwar frei von militärischem Zwang durch mächtige Staaten. Wir glauben ferner, dass alle Personen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten festgehalten oder vor Gericht gestellt werden, dasselbe Recht auf einen fairen Prozess haben. Wir glauben, dass Fragen gestellt, Kritik geübt und abweichende Meinungen geäussert werden müssen – und dass dies hoch geschätzt und verteidigt werden sollte. Wir sind der Auffassung, dass der Wert (der freien Meinungsäusserung) und das Recht darauf ständig bedroht sind und entsprechend verteidigt werden müssen.

Wir glauben, dass Menschen, die ein Gewissen haben, sich dafür verantwortlich fühlen müssen, was ihre Regierungen tun. Von Beginn weg müssen wir uns der Ungerechtigkeit widersetzen, die in unserem Namen begangen wird. In diesem Sinne appellieren wir an alle Amerikaner, dem Krieg und der Unterdrückung *Widerstand zu leisten*, die die Bush-Regierung über die Welt gebracht hat / noch bringt. Wir haben uns entschlossen, uns an die Seite der Menschen in aller Welt zu stellen.

Aber auch wir haben natürlich mit Schrecken die furchtbaren Ereignisse des 11. September 2001 mitverfolgt. Auch wir haben die tausende Unschuldigen betrauert, die getötet wurden und konnten nur den Kopf schütteln angesichts der Horror-Bilder schier unglaublicher Vernichtung – selbst wenn wir dabei unwillkürlich an ähnliche Bilder aus Bagdad, Panama City – oder eine Generation früher



Vietnam – denken mußten. Und wie Millionen anderer Amerikaner haben auch wir voller Schmerz gefragt: Wie konnte so etwas nur geschehen?

Aber das Trauern hatte kaum begonnen, als die höchsten Führer unseres Landes auch schon den Geist der Rache entfesselten. Eine simplifizierende Botschaft von «Gut versus Böse» wurde entworfen und durch die ebenso glatten wie eingeschüchterten Medien verbreitet. Man sagte uns, die Frage nach dem Grund für diese schrecklichen Ereignisse grenze an Verrat. Eine Debatte wurde nicht gestattet. Man legte einfach fest: Es existieren keine berechtigten Fragen moralischer oder politischer Natur. Die einzig mögliche Antwort sei: Krieg nach aussen und Repression nach innen.

«Lassen wir es nicht so weit kommen, dass man sagt, die Menschen in den Vereinigten Staaten wären untätig geblieben, als ihre Regierung einen uneingeschränkten Krieg verkündete.»

In unser aller Namen hat die Regierung Bush – praktisch ohne jede Gegenstimme von Seiten des Kongresses – Afghanistan angegriffen. Aber nicht nur das, sie hat sich und ihre Verbündeten darüber hinaus auch noch ermächtigt, an jedem Ort und zu jeder Zeit militärisch einzugreifen. Die brutalen Auswirkungen (dieser Selbstermächtigung) kann man jetzt überall besichtigen – auf den Phil-

ippinen ebenso wie in Palästina, wo die Panzer beziehungsweise Bulldozer der Israelis ja eine Spur der Verwüstung und des Todes gezogen haben. Und nun bereitet sich die US-Regierung also auch noch offen auf einen «End-Krieg» gegen Irak vor – ein Land, das schliesslich nichts zu tun hat mit dem Horror des 11. Septembers. Was für eine Welt wird das sein, in der die US-Regierung praktisch Blankovollmacht besitzt, überall und wo immer sie will, ihre Bomben abzuwerfen, ihre Militärkommandos oder Mörder einzuschleusen?

In unserem Namen hat die US-Regierung im eigenen Land ein Zweiklassensystem errichtet: Menschen, denen die grundlegenden Rechte unseres Rechtssystems zumindest theoretisch zugestanden werden und solche, die keinerlei Rechte irgendwelcher Art zu besitzen scheinen. Die Regierung hat über 1000 Immigranten verhaften lassen – und hält sie seither auf unbestimmte Zeit und an geheimen Orten fest. Hunderte wurden abgeschoben, und hunderte schmachten nach wie vor in Gefängnissen. Diese Prozedur erinnert stark an die berüchtigten Internierungslager für japanischstämmige Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs. Und zum erstenmal seit Jahrzehnten werden bei der Immigration auch wieder Menschen bestimmter Nationalität rausgefiltert und sonderbehandelt.

In unserem Namen hat die Regierung ein Leichentuch der Repression über die Gesellschaft gelegt. So warnt beispielsweise der Präsidentensprecher, die Bürger sollten «aufpassen, was sie sagen». Künstler mit abweichender Meinung, Intellektuelle, Professoren machen die Erfahrung, dass ihre Ansichten falsch wiedergegeben beziehungsweise angefeindet oder gleich ganz unterdrückt werden.

Der sogenannte «Patriot Act» (Patriotengesetz) – zusammen mit einer ganzen Latte ähnlicher Massnahmen auf Staatsebene – verleiht der Polizei sehr weit gehende neue Vollmachten zu Durchsuchung und Festnahme. Kontrolliert wird die Polizei hierbei, falls überhaupt, lediglich durch Geheim-Kommissionen, die im Stillen agieren.

In unserem Namen hat die Exekutive langsam aber sicher Aufgaben und Funktionen an sich gerissen, die eigentlich in den Bereich der übrigen Regierungsinstanzen gehörten. Per Befehl der Exekutive wurden Militärtribunale eingerichtet – Militärgerichte, vor denen eine eingeschränkte Beweispflicht gilt beziehungsweise die Angeklagten nicht das Recht haben, vor ordentlichen Gerichten in Berufung zu gehen. Gruppierungen können mit einem einzigen Federstrich des Präsidenten zu «Terroristen» erklärt werden.

Wir müssen die höchsten Militärs unseres Landes ernst nehmen, wenn sie von einem Krieg sprechen, der eine ganze Generation wahren wird – und wenn sie von einer neuen Innenpolitik reden. Nach aussen verfolgen wir inzwischen ja eine offen imperialistische Politik, nach innen eine Politik, die darauf ange-

legt ist, Angst zu produzieren und diese Angst der Menschen zu benutzen, um die Rechte einzuschränken.

Die Ereignisse der letzten Monate beschreiben eine tödliche Kurve – wir müssen das begreifen und entsprechend Widerstand leisten. Denn viel zu oft in der Geschichte war es ja schon so, dass Menschen zu lange warteten – bis es für (effektiven) Widerstand zu spät war.

Präsident Bush hat erklärt: «Entweder, ihr seid für uns oder gegen uns». Hier unsere Antwort: Wir wehren uns dagegen, dass Sie sich anmassen, für das gesamte amerikanische Volk zu sprechen. Wir werden unser Recht, Fragen zu stellen nicht aufgeben. Wir werden unser Gewissen nicht aufgeben – nicht für Ihr leeres Versprechen von Sicherheit. Wir sagen *nicht in unserem Namen*. Wir weigern uns, mit diesen Kriegen irgendetwas zu tun zu haben und weisen jede Unterstellung zurück, sie würden auch in unserem Namen geführt beziehungsweise in unserem Interesse. Vielmehr reichen wir all denen in der Welt die Hand, die unter dieser Politik zu leiden haben. Wir werden unsere Solidarität mit Worten und Taten unter Beweis stellen.

«In unserem Namen hat die US-Regierung im eigenen Land ein Zweiklassensystem errichtet.»

Wir, die Unterzeichnenden, rufen alle Amerikaner dazu auf, sich zusammen zu schliessen und sich dieser Herausforderung zu stellen. Wir begrüssen und unterstützen den derzeitigen Protest und die kritischen Fragen – wengleich uns durchaus bewusst ist, dass es viel, viel mehr brauchen wird, um diesen blutrünstigen Götzen wirklich zu stoppen. Wir sind inspiriert durch das Beispiel der israelischen Reservisten – die unter Inkaufnahme grosser persönlicher Risiken erklärt haben: «Es gibt eine Grenze» und sich konsequent weigern, ihren Teil zur Besetzung des Westjordanlands und Gazas beizutragen.

Wir berufen uns ausserdem auf die Geschichte der Vereinigten Staaten – die ja viele Beispiele von Widerstand und moralischer Gewissensentscheidung kennt – angefangen bei denen, die gegen die Sklaverei revoltiert haben – oder an der «underground railroad» mitwirkten – bis hin zu jenen, die gegen den Vietnam-Krieg kämpften – indem sie Befehle nicht befolgten, den Militärdienst verweigerten oder den Verweigerern solidarisch beistanden.

Lassen wir es also nicht zu, dass die Welt draussen an unserem Schweigen und unserer Handlungsunfähigkeit verzweifelt. Schwören wir ihr statt dessen: Wir werden gegen diese Maschinerie des Kriegs und der Unterdrückung ankämpfen und fordern auch andere dazu auf, sie mit aller Macht zu stoppen. »

Weitere Informationen unter www.nion.us

Aufruf an den Schweizer Bundesrat

Wir solidarisieren uns mit dem Aufruf «Not in our name», der von über 35 000 amerikanischen BürgerInnen unterzeichnet wurde. Wir stehen mit der amerikanischen Opposition ein gegen die Kriege der Familie Bush, seiner erdölreichen Freunde und ihren Alliierten, deren Politik nicht nur den US-BürgerInnen aufgedrängt werden soll, sondern allen, die sich weltweit dagegen wehren.

Unsererseits rufen wir den Schweizer Bundesrat dazu auf:

- Sich auf keine Art und Weise an diesem Krieg zu beteiligen, der nur gegen die irakische Bevölkerung ausgerichtet sein wird – wie es die Sanktionen seit über 10 Jahren auch sind.
- Folglich den Überflug des schweizerischen Luftraums sowie die Benutzung von zivilen und militärischen Flugplätzen in der Schweiz durch in diesem Krieg involvierte Streitkräfte zu verbieten.
- Den Krieg gegen den Irak und seine Bevölkerung zu verurteilen, egal, unter welchen «juristischen» Deckungen er schlussendlich geführt werden sollte (auch mit einem Uno Sicherheitsrats-Mandat).
- Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Region, insbesondere im Irak, zu bekräftigen und zu fördern, damit die Menschen selber über ihre politische Ordnung entscheiden können.
- Aus der neuen Mitgliedschaft der Schweiz in der Uno das zu machen, was der Bundesrat vor der Abstimmung versprochen hatte: eine «andere Stimme» für die Verteidigung der Prinzipien der Uno-Charta und eine klare Kritik andenen Mächten, die diese Prinzipien verletzen – und seien sie auch Mitglieder des Sicherheitsrates.

Name, Vorname Beruf, Funktion Adresse, Ort Unterschrift

Die Unterschriften sollen spätestens an der nationalen Kundgebung gegen den Krieg am 15. Februar 2003 in Bern an den Bundesrat übergeben werden. Bitte sie deshalb möglichst schnell zurücksenden an GSSa, 15, rue des Savoises, 1205 Genf. Weitere Bögen können auf www.keinkrieg.ch heruntergeladen werden.

«Es gibt keine chirurgischen Eingriffe in kriegerischen Konflikten»

Der Filmmacher Samir, im deutschsprachigen Raum bekannt durch seine einfühlsamen Dokumentarfilme wie «Babylon 2» und «Forget Bagdad», ist als Kind mit seiner Familie vom Irak in die Schweiz eingewandert. Stefan Luzi sprach mit ihm über seine Gründe, sich gegen den drohenden Krieg gegen Irak auszusprechen.

Interview: Stefan Luzi

Stefan Luzi: Samir, du bist gebürtiger Iraker. Welche Gefühle hast du, wenn du von den Kriegsvorbereitungen gegen Irak hörst?

Samir: Im Grunde sind es ambivalente Gefühle. Auf der einen Seite weckt der Diktator Saddam Hussein natürlich solche Hassgefühle in mir, dass ich ihn am liebsten weg wünschen würde. Man denke nur an all die Schrecken, die das Regime in den letzten 30 Jahren den Menschen im Irak gebracht hat...

Auf der anderen Seite denke ich natürlich an die irakische Zivilgesellschaft. Bereits der erste Krieg gegen Irak hatte so verheerende Auswirkungen auf die irakische Bevölkerung, dass es einfach schrecklich ist, sich vorzustellen, dass das noch einmal passiert. Und natürlich schmerzt es mich, wenn ich an all diese Menschen denke, die in einem Krieg «kaputt» gemacht werden. Wenn ich an die amerikanische Kriegsmaschinerie denke, so kann ich nur lachen, wenn ich von Präzisionswaffen höre: Bisher haben diese Präzisionswaffen hauptsächlich Hochzeitsgesellschaften, Kinderspitäler und Schulen getroffen. Es ist eine absurde Idee, zu denken, dass es sowas wie einen chirurgischen Krieg geben sollte.

Wie erleben die Menschen im Irak die gegenwärtige Situation und die Folgen der jahrelangen Sanktionen?

Die Situation der Menschen ist nach zehn Jahren Embargo katastrophal. Das haben wir auch gerade wieder bei den Vorbereitungen für ein laufendes Filmprojekt – ein Film eines jungen Schweizers über die Zukunft der irakischen Jugend – miterlebt. Die Mehrzahl meiner Familie ist aus dem Irak ausgewandert, weil es für sie schlicht unmöglich wurde, unter den herrschenden Umständen zu leben. Viele davon sind Leute mit Bildung, Ärzte, Ingenieure, die der Zivilgesellschaft nun stark fehlen. Sie gehören zu den drei bis fünf Millionen irakischen BürgerInnen, die in den letzten zehn Jahren aus dem Irak ausgewandert sind. Das Embargo hat das ganze irakische Volk getroffen und zu einer solchen Verelendung geführt, dass auch ein Teil meiner Familie im Irak während Jahren vor allem von mir abhängig war. Man

muss sich das einmal vorstellen: Wenn ein Onkel, der seine eigene Klinik aufgebaut hat und während Jahren hart gearbeitet hat, plötzlich von seinem Neffen in der Schweiz abhängig ist, so ist das schrecklich. Die Menschen im Irak sind abhängig von den Almosen des Regimes und damit diesem ausgeliefert. Es ist eine grosse Depression spürbar – das Gefühl, von der Welt vergessen zu werden.

Welche Ziele vermuten die Menschen im Irak hinter den Kriegsdrohungen der US-Regierung?

Im Irak hat man nur wenige Möglichkeiten, «freie» Informationen zu erhalten. Trotzdem haben die Menschen, bedingt durch ihre Situation, das Gefühl, dass dieser Krieg unausweichlich ist. Die letzten Jahrzehnte haben im Irak eine solche Ohnmacht verursacht, dass die Menschen, wenn sie von den Kriegsvorbereitungen der USA hören, fatalistisch davon ausgehen, dass es auch zu einem Krieg kommen wird. Sie können sich auch nicht mehr vorstellen, was man dagegen unternehmen könnte. Sie haben während der letzten zehn Jahre zugesehen, wie Delegationen aus der ganzen Welt nach Irak reisten. An der politischen und ökonomischen Situation der Menschen hat sich aber nichts geändert.

Was die Kriegsgründe der Amerikaner an-

geht, so wissen die Menschen im Irak schon, dass die Amerikaner sich nicht plötzlich für die irakische Kultur interessieren oder mehr Datteln importieren wollen oder ein bisschen Fische fangen wollen im Tigris – sondern, dass es um das Öl geht. Die Menschen im Irak sind ja nicht blöd.

Du hast angetönt, dass du aufgrund deiner familiären und persönlichen Geschichte genügend Gründe hast, eine Absetzung des Diktators Saddam Hussein zu wünschen. Welche Wege siehst du, um auf eine wirkliche Demokratisierung des Iraks hin zu arbeiten?

Wenn ein Regime versucht, einem Volk seinen Willen aufzuzwingen, dann wird es immer Opposition geben. Das ist auch im Falle Iraks nicht anders. Natürlich gibt es nie eine einheitliche Opposition, aber es gibt gemeinsame Ziele. Diese gemeinsamen Ziele wurden innerhalb der irakischen Opposition

«Das Embargo und der drohende Krieg nützen nur Saddam Hussein.»

schon lange miteinander abgesprochen, bevor die Amerikaner ein Interesse an ihr entdeckten. Die Ziele sind die Absetzung des Diktators, die Einführung der Demokratie und die Autonomie für die KurdInnen (was eigentlich auch bereits heute in der irakischen Verfassung steht). Es gibt in der Opposition natürlich unterschiedliche Auffassungen über die Art eines Föderalismus, über die Rolle der Religion, etc.; diese Divergenzen können in einer Zivilgesellschaft aber vernünftig diskutiert werden. Ich glaube, alle Flügel der Opposition haben derart unter dem Regime von Saddam Hussein gelitten, dass sie nach einer Absetzung des Diktators vernünftig miteinander umgehen werden.

Meine Befürchtungen betreffen eher die Rolle der Amerikaner. Es sieht wirklich so aus, dass die USA nach dem Sturz des Diktators ein Militärregime einrichten wollen. Die Amerikaner portieren im Moment ja auch gewisse irakische Generäle, an deren Händen Blut klebt.

Wenn man die irakische Opposition daran hindert, nach der Absetzung von Saddam Hussein eine Demokratie zu errichten, dann werden die einzelnen Fraktionen versuchen, ihre Vorstellungen mit Waffengewalt durchzusetzen. Diese Gefahr wird noch verstärkt, weil Saddam Hussein in den letzten Jahren versucht hat, seine Macht durch die Wiedereinführung von tribalen Strukturen zu verfesti-

gen. Der Irak ist seit 50 Jahren eigentlich eine weitgehend säkulare und durchmischte Gesellschaft. Saddam hat in den letzten Jahren nun aber versucht, neben seiner Hausmacht in der Baath-Partei, die eigentlich nur noch aus dem Geheimdienst besteht, religiöse und tribale Nebenstrukturen aufzubauen, die von ihm kontrolliert werden. Das sind natürlich destabilisierende Faktoren für eine moderne Zivilgesellschaft, denn diese Leute wurden bewaffnet und haben zum Teil auch wieder Stammesgesetze in ihren Regionen eingeführt. Wenn es nach dem Sturz von Saddam nicht gelingt, diese Kräfte zurückzudrängen, dann steht die Zivilgesellschaft im Irak vor einem grossen Problem.

Wir haben von einem «Sturz» von Saddam Hussein gesprochen, der durch die demokratische Opposition herbeigeführt wird. Ist das wirklich vorstellbar und wie würden diese Chancen durch einen US-Krieg gegen Irak tangiert?

Ein Regime, welches von aussen bedroht wird, erhält damit eine Legitimation im Innern. Saddam Hussein kann seine Macht nicht trotz, sondern gerade wegen den Kriegsdrohungen gegen Irak behaupten, da er sich in diesem Ausnahmezustand alles erlauben kann und die Opposition im Innern keinen Raum findet, um sich zu organisieren. Das war im Irak in den letzten zehn Jahren der

Fortsetzung auf der letzten Seite



Von Bagdad nach Zürich



Samir ist 1955 in Bagdad, Irak, geboren und ist als Kind anfang der sechziger Jahre mit seinen Eltern in die Schweiz gezogen. Er besuchte die Schule für Gestaltung und machte eine Lehre als Typograf. Seit Mitte der achtziger Jahre produziert er eigene Filme, die aufgrund ihres innovativen Charakters und ihres sorgfältigen Blickwinkels früh Aufsehen erregten. Seine bekanntesten Werke sind «Babylon 2» und «Forget Bagdad». Heute leitet Samir zusammen mit dem Dokumentarfilmer Werner Schweizer die «Dschoint Ventschr»-Filmproduktion, welche sich einen Namen machte als

Talentschmiede des Schweizer Films.

In seinem neuesten Film «Forget Bagdad» zeigt Samir die Lebensläufe von vier jüdischen Irakern, die in den fünfziger Jahren aufgrund anti-jüdischer Ausschreitungen im Irak nach Israel ausgewandert sind. Mit sorgfältigem Blick schildert der Filmautor die Gründe für die Auswanderung aus dem Irak und die Schwierigkeiten der irakischen Juden, die nach ihrer Ankunft in Israel mit dem Rassismus der «europäischen» Juden gegen die «arabischen» Juden konfrontiert werden. Als Höhepunkt der Absurdität werden die Ereignisse 1991 gezeigt, als gerade diejenigen israelischen Städte besonders von den irakischen Raketenangriffen betroffen waren, in denen viele ehemalige irakische BürgerInnen wohnen. Der Film zeigt die Vielzahl der kulturellen, politischen und geschichtlichen Fäden auf, die in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zusammenlaufen und die einen Blick auf diese Region nahelegen, der diese wechselseitigen Abhängigkeiten wahrnimmt.

Samir hat sich bereits als einer der Hauptredner an der nationalen Kundgebung vom 2. November 2002 gegen einen Krieg im Irak ausgesprochen. Seine Rede kann unter www.gsoa.ch nachgelesen werden. *Stefan Luzi*

Fortsetzung von Seite 7

Fall. Es war unmöglich, die Leute unter diesen katastrophalen wirtschaftlichen und repressiven Bedingungen für politischen Widerstand zu motivieren. Die Opposition konnte höchstens eine «Abstimmung mit den Füßen» machen und ins Ausland emigrieren. Sobald aber – wenn auch nur wenige – ökonomische Möglichkeiten für die Menschen unter einem Regime offenstehen, führt das dazu, dass die Menschen sich immer mehr kleine Freiräume erkämpfen, welche die Macht des Regimes schwächen.

Das Embargo und der drohende Krieg nutzen nur Saddam Hussein. Daher muss die Perspektive eine Aufhebung des Embargos und eine langfristige Unterstützung der irakischen Opposition, die sich ihre Freiräume erkämpfen kann, sein. Ich glaube, Saddam Hussein wird es sehr schwer haben, sich weiter zu legitimieren, wenn es nicht zu einem Krieg kommt. Natürlich würde er zuerst versuchen, sich als Sieger zu positionieren. Aber die Leute sind nicht dumm, sie haben gesehen, dass er alles zulassen musste, was von der Uno verlangt wurde. Die Leute werden wissen, dass die Macht dieses Diktators nur noch eine beschränkte Macht ist. Ich kann mir zudem vorstellen, dass, wenn das Embargo aufgehoben wird, ein Teil des irakischen Mittelstandes wieder in den Irak zurückkehrt. Das ist die Basis für den Aufbau einer Zivilgesellschaft.

Welchen Beitrag könnte die Schweiz zur Verhinderung eines Krieges und zur Stärkung der demokratischen Kräfte im Irak leisten?

Es ist ganz wichtig, dass die Schweiz sich im internationalen Kontext zu der Frage äussert, was Völkerrecht ist und was nicht. Die Schweiz hat mit dem Uno-Sitz in Genf das Recht und die Pflicht, den kriegstreibenden Mächten zu sagen, dass es ein Völkerrecht gibt, welches eingehalten werden muss und besagt, dass kein Land ein anderes angreifen darf, wenn es nicht selbst von diesem angegriffen worden ist.

Die Schweiz hat zudem in den letzten paar Jahren einige Tausend irakische Flüchtlinge aufgenommen und bietet diesen Leuten eine Überlebensebene und damit auch eine Chance, sich in Bezug auf die Situation im Irak zu artikulieren. Die Schweiz könnte daher – auch gerade, weil einzelne Schweizer Firmen in der Vergangenheit dreckige Geschäfte mit Saddam Hussein gemacht haben – für die Treffen der irakischen Opposition organisatorische Hilfe zur Verfügung stellen. Das würde den Leuten in der arabischen Welt das Gefühl geben, dass die Schweiz wirklich ein Land ist, das an Freiheit und Demokratie überall auf der Welt interessiert ist.

In deinem neuesten Film «Forget Bagdad» dokumentierst du auf eindruckliche Weise das Schicksal irakischer Juden, die in den 50er Jahren aus dem Irak nach Israel geflüchtet sind und die im Golfkrieg 1991 die irakischen Angriffe auf Israel miterlebt haben. Eine Botschaft aus dem Film war für mich, dass der Nahe und mittlere Osten ein derart zusammenhängendes Gebilde ist, dass sich Ereignisse in einzelnen Ländern sofort auch auf die anderen Länder der Region aus-

wirken. Welche Rolle spielt der Konflikt in Israel/Palästina in der Diskussion um einen Krieg gegen Irak?

Die Menschen in der arabischen Welt kritisieren die Scheinheiligkeit des Westens: Warum gelten für uns Regeln, die für Israel nicht gelten? Warum seid ihr strenger mit uns? Es gibt Dutzende Uno-Resolutionen, gegen die Israel jeden Tag verstösst. Im Falle der israelischen Regierung von Sharon muss man auch davon ausgehen, dass er im Falle eines Irak-Krieges versuchen wird, seine Position eines Gross-Israels durchzusetzen. Es gibt ja bekanntermassen die «Transfer»-Pläne, die darauf hinauslaufen, dass die PalästinenserInnen nach Jordanien vertrieben werden sollen. Wenn das passiert – und das sind keine phantastischen Hirngespinnste, sondern real existierende Pläne – dann wird die Region erst recht aus allen Fugen geraten. In allen arabischen Ländern wohnen heute PalästinenserInnen, deren Vorfahren 1948 aus Israel geflüchtet sind; das Bewusstsein für das palästinensische Unrecht hat sich damit rein «körperlich» über die ganze arabische Welt ausgebreitet. Und da ist es schon fragwürdig, wenn eine Macht wie die USA und eben Israel sich aus dieser Region auskoppeln will und Dinge initiiert, die aus der eigenartigen Idee geboren werden, dass man an ganz bestimmten Orten chirurgische Eingriffe herbeiführen kann, ohne dass der Rest dieser Region davon betroffen ist. Es wäre ja auch völlig unvorstellbar, einen kleinen Krieg gegen die Schweiz zu führen und zu meinen, der Rest von Europa wäre davon nicht betroffen...

Deutschland und der Krieg

Die Kritik am geplanten US-Militäreinsatz «gegen Saddam» ist mehrheitsfähig. So mehrheitsfähig, dass die deutsche SPD mit lauter Anti-kriegs-Rhetorik die Wahlen gewinnen konnte. Und sie ist auch in der Schweiz so «bedenklich» mehrheitsfähig, dass ein «Tages-Anzeiger»-Kommentar von U. Gehrig die LeserInnen mahnen musste, der Irak-Krieg sei denn nur das zweit-schlimmste Übel. Das schlimmste bleibe weiterhin Diktator Hussein an der Macht.

Die öffentliche Meinung sieht das anders – in ganz Europa. Das breite Unverständnis für Bushs Säbelrasseln ist erfreulich. Aber es reicht nicht aus. Demos in Ehren: es braucht eine Debatte, welche Hintergründe beleuchtet. Die Interessen der Weltkonzerne aufgedeckt. Den Blick ausweitet auf andere Konfliktherde. Damit aus dem Widerstand gegen diesen Krieg ein dauerndes Engagement für eine umfassende Friedenspolitik wird. Bloss weil CNN keine Bilder von Cruise-Missiles bringt, ist die Welt noch nicht gerechter. Bloss weil die hungernden Kinder im Irak nicht durch Bomben getötet werden, hat die Antikriegs-Bewegung noch nichts gewonnen.

Auch gegen die deutschen «Tauben» ist Misstrauen angesagt. Immerhin bereiten sich Tausende von US-Soldaten auf deutschen Stützpunkten auf den Krieg vor. Und Deutschland gehört nach wie vor zu den fünf grössten Waffenexporteuren der Welt. Grund genug für die deutsche Friedensbewegung, ihre Regierung weiter unter Druck zu setzen: «Wir glauben euch noch nicht!»

Balthasar Glättli

Demnächst in Ihrem TV – auf allen Sendern!

COMING SOON!

THE BUSH ADMINISTRATION
IN ASSOCIATION WITH
THE OTHER BUSH ADMINISTRATION
PRESENTS

GULF WARS
EPISODE II
CLONE OF THE ATTACK

STARRING GEORGE W. BUSH · CONDOLEEZZA RICE · DONALD RUMSFELD
REPRISING THEIR ROLES FROM EPISODE I
DICK CHENEY · SADDAM HUSSEIN · COLIN POWELL
AND INTRODUCING OSAMA BIN LADEN AS THE PHANTOM MENACE

BASED ON AN IDEA BY GEORGE BUSH, SR.
PRODUCTION DESIGNED TO DISTRACT YOU FROM THE FAILING ECONOMY
PRODUCED BY THE MILITARY-INDUSTRIAL COMPLEX IN ASSOCIATION WITH EXXON, TEXACO, MOBIL, ET AL.
DIRECTED BY A DESIRE TO WIN THE NOVEMBER ELECTIONS
THE SUCCESS OF THIS MILITARY ACTION HAS NOT YET BEEN RATED

A MAD MAGAZINE POSTER

Auf unserer Homepage ...

Die Ereignisse in den Kriegsvorbereitungen gegen Irak überstürzen sich fast täglich. Wichtige Informationen konnten daher nicht mehr in dieser Zeitung abgedruckt werden, wir werden sie aber auf der Website www.keinkrieg.ch veröffentlichen.

Kundgebungsdaten, weitere Artikel, Aufruf an den Bundesrat und Links auf www.keinkrieg.ch

Inserat

w o m a n o e u v r e s

Feministische Debatten
zu Frieden und Sicherheit

22. – 24. Mai
Rote Fabrik, Zürich

Analysen, Positionen und Entwürfe zur Gestaltung und Praxis Feministischer Friedenspolitik. Eine Plattform für Diskussion, Information, Vernetzung und Meinungsbildung zur aktuellen Weltsicherheitsarchitektur.

Mit Alexandra Bader, Cynthia Cockburn, Theresa Furrer, Uta Klein, Felicia Langer, Igballe Rugova, Maha Abu-Dayyeh Shamas, Christina Thürmer-Rohr, Dubravka Zarkov u.a.

eine Konferenz organisiert vom **cfD**
Anmeldung und Info: www.cfd.ch.org
frieda@cfD-ch.org / 01 242 93 07